

I Die Vorsitzenden I

Pressemitteilung

Februar 2023

Am 20. Dezember 2022 hat die niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Grüne) kurz nach Übernahme der Ressortverantwortung festgestellt, dass der **akute Mangel an schulischen Lehrkräften in allen Bundesländern noch mindestens ein Jahrzehnt anhalten** werde.

Solche klaren Ansagen hörte man weder von der KMK noch von einzelnen Ministerinnen und Ministern, obgleich Philologinnen und Philologen sowie Bildungsforschende den eklatanten Mangel an Lehrkräften seit Jahren anmahnen. Da verwundert es nicht, dass die Aussage von Ministerin Hamburg weithin auf ein positives Echo gestoßen ist. Sowohl Elternvertretungen als auch Lehrerverbände begrüßten es, dass endlich auch eine verantwortliche Kultusministerin das Schlüsselproblem Lehrkräftemangel weder leugnet noch schönredet, sondern unverblümt die längerfristige Problemlage anspricht. Mögen die Kolleginnen und Kollegen der KMK Frau Ministerin Hamburg nun folgen und in der Schulwirklichkeit ankommen.

Leider besteht nach unseren Erfahrungen die Gefahr, dass die 16 Landesministerinnen und -minister ihr regionales „Süppchen weiterkochen“ und jedes Land unkoordiniert kleine Soforthilfe-Projekte ohne nachhaltige Linderungswirkungen umsetzt. Die Diagnose hat Frau Ministerin Hamburg gestellt. **Es muss jetzt endlich ein Therapieplan entwickelt und umgesetzt werden, damit Schule wieder zu einem gesunden und attraktiven Arbeitsplatz wird.**

Dazu mahnen die Vorsitzenden der Philologenverbände Bremen (Anita Tobias, Bernd Ehlers), Hamburg (Gerald Lamker), Niedersachsen (Dr. Christoph Rabbow) und Schleswig-Holstein (Dr. Barbara Langlet-Ruck) von den Ressortverantwortlichen endlich ein abgestimmtes Vorgehen an. Abwerbeaktionen zwischen den einzelnen Ländern zeigen, dass die Frage der Lehrkräftegewinnung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe immer noch nicht verstanden wurde. **Wenn wir bei einem bundesweiten Fachkräftemangel weiterhin Lehrkräfte ausbilden und gewinnen wollen, müssen unverzüglich Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufes ergriffen werden.**

Wir fordern die zügige Umsetzung der folgenden **Maßnahmen**:

- Festlegung eines Unterrichtsdeputats von 23 Wochenstunden
- Einführung von attraktiven Arbeitszeitmodellen für Lehrkräfte
- Altersermäßigung ab 55 Jahren eine Stunde, aber 60 Jahren zwei Stunden
- Konzentration auf das Kerngeschäft, also den (Fach)-Unterricht
- Reduzierung außerunterrichtlicher Aufgaben
- zusätzliche Entlastungsstunden für Koordinationsaufgaben
- Begrenzung von Lerngruppen auf höchstens 25, in der gymnasialen Oberstufe auf 18 Lernende
- ländereinheitliche Besoldung, die verfassungsgemäß und amtsangemessen ist
- abgestimmte Bewerbungstermine und vereinfachtes Ländertauschverfahren